

Werbung

Gegen den erklärten Willen eines [Verbrauchers](#) übersandte E-Mail Schreiben mit werblichem Inhalt stellen die Verletzung des [allgemeinen Persönlichkeitsrechts](#) dar.

Der Kläger ist [Verbraucher](#). Er wandte sich am 10. Dezember 2013 mit der Bitte um Bestätigung einer von ihm ausgesprochenen Kündigung per E-Mail an die Beklagte. Die Beklagte bestätigte unter dem Betreff "Automatische Antwort auf Ihre Mail (...)" wie folgt den Eingang der E-Mail des Klägers:

"Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre [Nachricht](#). Wir bestätigen Ihnen hiermit den Eingang Ihres Mails. Sie erhalten baldmöglichst eine Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre S. Versicherung

Übrigens: Unwetterwarnungen per SMS kostenlos auf Ihr Handy. Ein exklusiver Service nur für S. Kunden. Infos und Anmeldung unter (...)

[Neu](#) für iPhone Nutzer: Die App S. Haus & Wetter, inkl. Push Benachrichtigungen für Unwetter und vielen weiteren nützlichen Features rund um Wetter und Wohnen: (...)

Diese E-Mail wird automatisch vom System generiert. Bitte antworten Sie nicht darauf.

Der Kläger wandte sich daraufhin am 11. Dezember 2013 erneut per E-Mail an die Beklagte und rügte, die automatisierte Antwort enthalte [Werbung](#), mit der er nicht einverstanden sei. Auch auf diese E-Mail sowie eine weitere mit einer Sachstandsanfrage vom 19. Dezember 2013 erhielt der Kläger eine automatisierte Empfangsbestätigung mit dem obigen Inhalt.

Mit seiner Klage verlangt der Kläger, die Beklagte zu verurteilen, es zu unterlassen, zum Zwecke der [Werbung](#) mit ihm, dem Kläger, ohne sein Einverständnis per E-Mail Kontakt aufzunehmen oder aufnehmen zu lassen, wenn dies geschieht wie im Falle der E-Mails vom 10., 11. und 19. Dezember 2013.

Das [Amtsgericht](#) hat der Klage stattgegeben. Auf die Berufung der Beklagten hat das Landgericht das Urteil des Amtsgerichts abgeändert und die Klage abgewiesen.

Die zugelassene Revision hat zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Wiederherstellung des amtsgerichtlichen Urteils geführt. Jedenfalls die Übersendung der Bestätigungsmail mit Werbezusatz vom 19. Dezember 2013 hat den Kläger in seinem [allgemeinen Persönlichkeitsrecht](#) verletzt, weil sie gegen seinen zuvor erklärten ausdrücklichen Willen erfolgt ist.

Der Beklagten drohen bei weiteren Verstößen Ordnungsgeld bis 250.000 Euro oder bis zu 6 Monate Ordnungshaft, vollstreckbar gegen ein Mitglied des Vorstandes der Versicherung. Außerdem hat die Versicherung die Kosten des Rechtsmittelverfahrens zu tragen.

Urteil vom 15. Dezember 2015 - [VI ZR 134/15](#); PM 205/2015

Vorinstanzen:

AG Stuttgart-Bad Cannstatt – Urteil vom 25. April 2014 – 10 C 225/14

LG Stuttgart – Urteil vom 4. Februar 2015 – 4 S 165/14